

DIE WELT NACH CORONA

Wir brauchen eine neue Gesellschaftsordnung

Keiner weiß, wie die Welt nach Corona aussehen wird. So wie bisher kann es aber auf keinen Fall weitergehen.

Man plant „Einschränkungen auf allen Ebenen“. Die Superreichen, deren Milliarden von Banken auf fernen Inseln eingesetzt werden, sind sicher nicht bei den von „Einschränkung“ betroffenen.

Wir schrieben schon oft: „Die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer.“

Wir beschrieben die Auswirkungen des Neoliberalismus und zitierten Karl Marx der prophezeite: „Gewinne werden privatisiert, Verluste werden sozialisiert.“

Jetzt tauchen neue Wörter auf: „Systemrelevant“. Eiskalt wird schon die Frage gestellt: Wer oder was ist es wert, aktiv unterstützt zu werden? Es wurde sogar diskutiert, ob tausende alte Menschen sterben sollten, damit die große Gesamtheit einer Gesellschaft überleben kann. Oder, welche Opfer „akzeptabel“ sein könnten, damit die Wirtschaft nicht zu sehr geschädigt wird.

Es kann doch nicht mehr so sein, dass Unternehmer und Lobbyisten sagen was richtig ist.

Bezahlt die Helden ordentlich

Brecht schreibt in der „Dreigroschenoper“: „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“. Im Fernsehen sagte eine Frau,

die man als Heldin geehrt hatte: „Meine Miete kann ich aber davon nicht bezahlen!“

Natürlich gehört allen, die jetzt in Krankenhäusern und sonst wo arbeiten, unsere volle Wertschätzung. Aber Kassiererinnen, Busfahrer, Pflegerinnen, Erzieherinnen, Krankenschwestern, Altenhilfen- und viele andere werden unmoralisch niedrig bezahlt. Damit muss Schluss sein!

Wir dürfen das Gemeinwohl nicht mehr dem Kapitalismus überlassen. Gesundheit ist keine Ware! Man wollte massenhaft Krankenhäuser plattmachen: „Das rechnet

sich nicht!“ Wie oft hörten wir den Satz bei unserem Kreiskrankenhaus.

Jetzt sind wir heilfroh, dass wir es noch haben und helfen kann Corona zu besiegen.

Wie wollen wir in Zukunft leben?

Die Antwort ist nicht einfach und benötigt vielfältige Sichtweisen. Wir sagen: der Kapitalismus muss überwunden werden.

Natürlich, niemand kann von sich behaupten, schon jetzt zu wissen, wie die Welt nach Corona aussehen wird. Die Corona nicht überlebt haben, würden sagen:

Fortsetzung nächste Seite



Im vergangenen Jahre gab es mal wieder einen „marktradikalen Angriff auf die Krankenhäuser“. Eine Bertelsmann-Studie forderte: Von knapp 1400 bestehenden Krankenhäusern sollten „deutlich unter 600“ übrig bleiben. (Siehe auch: (www.dkp-mw.de/blickpunkt/2019_08_584.pdf))

Eine Bertelsmann-Studie forderte: Von knapp 1400 bestehenden Krankenhäusern sollten „deutlich unter 600“ übrig bleiben.

Im Kreis Groß-Gerau führt man seit Jahren einen großen Kampf, um die Kreisklinik zu erhalten. Dieser Kampf ist wahrscheinlich noch nicht gewonnen. „Es muss sich rechnen!“, hörte man immer wieder. Wie denken wohl die Befürworter der Krankenhausschließung heute?

Fortsetzung von Seite 1

Notwendig ist ein gerechtes System, das sie besser beschützt hätte.

In der Presse: „Es geht um die Frage, die der Neoliberalismus von den Füßen auf den Kopf gestellt hat: Wie viel Markt verträgt die Daseinsvorsorge, und wie viel Staat braucht sie? Seit Jahrzehnten handeln Politik und Kapital: So viel Markt und so wenig Staat wie möglich, lautet das Motto – es sei denn, wir haben Krise und die Steuerzahler müssen uns retten.“

Wir wissen noch nicht, wie die Katastrophe in den USA weitergeht. Aber es kann sein: „Ein verlogener Präsident wird erneut gewählt. Warum? Wer reich ist, ist einflussreich! Er macht Meinung und so läuft es auch woanders.

... und bei uns?

Viele Wohnungen, die Bahn, viele Krankenhäuser, Strom- und Wasserversorgung, sogar Schulen und Universitäten wurden den Gesetzen des Marktes unterworfen. Mit der Folge, dass sich ein großer Teil der Gesellschaft ein Leben in guter Vorsorge nicht mehr leisten konnte und kann.

In der Presse:

„Der Anteil der Privatkliniken an der Gesamtzahl der deutschen Krankenhäuser ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Zugleich wurden die stationären Einrichtungen, auch die gemeinnützigen und staatlichen, durch das System der „Fallpauschalen“ in die Diktatur der betriebswirtschaftlichen Zwänge getrieben. Es ist unter diesen Bedingungen nur logisch, dass dann einträgliche Operationen durchgeführt werden, statt Intensivbetten für künftige Pandemien bereitzustellen, die in der Bilanz nur als Kosten erscheinen.“

Die Kliniken müssen zurück in die öffentliche Hand

Profit darf nicht Kriterium des Handelns sein, sondern nur der Bedarf der Gesellschaft am Gemeingut Gesundheit. Hier ist nicht nur die Politik gefragt, sondern jede und jeder Einzelne: Will ich auch in Zukunft einfach zulassen, dass ein Teil meines Krankenkassen-Beitrags in die Taschen der Aktionäre eines Krankenhaus-Konzerns fließt?

Sollte man da nicht wenigstens vor der nächsten Wahl in den Parteiprogrammen nachschauen, wer der Profitorientierung im Gesundheitswesen ein Ende machen will? Das wäre doch auch was?

Wohnen - schon lange unser Thema

Die Preisentwicklung am privaten Immobilienmarkt trägt heute zusätzlich zur Spaltung der Gesellschaft bei. Das spüren wir auch in unserer Stadt.

In der Zeitung: „Dass sich weitgehende Isolation auf einer Terrasse in ruhiger Umgebung besser ertragen lässt als in einer beengten Wohnung an der Hauptverkehrsstraße, liegt auf der Hand – von den vielen Wohnungslosen und anderen, fast unsichtbaren Betroffenen ganz zu schweigen.

Nur wenn Bodenpolitik andere als finanzielle Kriterien anlegt - also das Wohnen als Gemeingut versteht -, haben sie eine Chance. Wenn Stadt, Land oder Bund schon verkaufen, muss zumindest auch die „soziale Rendite“ zählen und nicht nur der Preis. Oder der Boden wird in Erbpacht vergeben und verbleibt damit in der öffentlichen Hand. Viele Städte haben ihre Politik inzwischen,

Bertolt Brecht
Unglücklich das Land,
das Helden nötig hat.

**Bezahlt die Heldinnen
und Helden richtig!**

... und endlich
begreifen:

**Gesundheit ist
keine Ware!**

wenn
auch noch zaghafte
- entsprechend korrigiert.“

Gesundheit und Wohnen: Die beiden Beispiele stehen für die von Kapitalinteressen geleitete Fehlentscheidung, zentrale Lebensbereiche den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen.

Wer das ändern will, muss allerdings noch weiter gehen: Eine gute, öffentliche Daseinsvorsorge wird ohne Umverteilung des Reichtums nicht möglich sein. Wer will, dass Intensivbetten vorgehalten werden, kann das nicht durch punktuelle Korrekturen erreichen. Wer will, dass Städte bei der Vergabe von Baugrund auf Höchstpreise verzichten, muss sagen, wie sie die Mindereinnahmen ausgleichen sollen.

Wir betrachten diese Ausführungen, mit Zitaten aus div. Medien, als einen wichtigen ersten Diskussionsbeitrag in Zeiten von Corona. Wir hoffen, dass sich bei den anderen Parteien vor Ort auch solche Ansätze entwickeln und das man einen Dialog beginnen kann.

Denn so wie es ist, kann es und wird es nicht weitergehen!

Der Ostermarsch fällt aus - die Forderungen bleiben aktuell

Das Netzwerk

Friedenskooperative :

Sparen wir an der Rüstung und investieren wir in das Leben.

Wir fordern Geld für Gesundheit statt für Rüstung!

**Unterschreibt den Appell:
„Gesundheit statt Rüstung“
www.friedenskooperative.de**

In ihrem 60. Jahr erleben die Ostermärsche ein Novum. Der Protest auf der Straße wird bedauerlicherweise ausfallen.

Die Corona-Krise ist für uns aber kein Grund, um den Protest für Abrüstung und eine friedlichere Welt einzustellen. Im Gegenteil: Gerade jetzt sehen wir, wie bitter nötig eine Kehrtwende ist!

Die Friedensbewegung setzt sich für das Leben ein, daher ist die Absage der Ostermärsche und eine Verschiebung der Aktivitäten ins Virtuelle und nach Hause in der gegenwärtigen Situation die einzig richtige Entscheidung. Osteraktionen 2020 finden statt, nur diesmal anders als gewohnt.

In den vergangenen Jahren wurde der Verteidigungshaushalt mit der Begründung, es ginge um unsere Sicherheit, massiv gesteigert. Doch durch die Corona-Pandemie zeigt sich jetzt, dass Investitionen in das Gesundheitswesen und andere zivile Bereiche viel wichtiger gewesen wären, um für menschliche Sicherheit sorgen zu können.

Wer jetzt wie NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg fordert, dass die Verteidigungsausgaben trotz Corona-Krise weiter gesteigert werden müssen, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Um globalen Herausforderungen wie Pandemien, der Klimakrise oder Armut begegnen zu können, brauchen wir zivile Antworten für eine friedliche und solidarische Welt.

Die Forderungen der Friedensbewegung:

Angesichts der durch die Coronapandemie demonstrierten Verletzlichkeit einer globalisierten Welt fordern wir von der Bundesregierung:

- die für die Erhöhung der Rüstungsausgaben vorgesehenen Geldmittel von rund 40 Milliarden Euro für Gesundheit, Umwelt, Bildung und Soziales einzusetzen.
- das Ende aller Kriegseinsätze der Bundeswehr und die Ausweitung von Maßnahmen ziviler Konfliktlösung.
- den Ausstieg aus der militärischen Integration für weltweite Einsätze der Europäischen Union
- den sofortigen Stopp aller Waffenexporte an alle kriegführenden Parteien und Einstieg in die Rüstungskonversion.
- die Aufnahme einer glaubwürdigen Entspannungspolitik gegenüber Russland.
- den Beitritt zum Vertrag zum Verbot von Atomwaffen.



Der „blickpunkt“ gehört zu unserer Stadt. Das sagen uns viele Leute. Aber dann kommt für uns immer wieder Frage: Werden wir es schaffen jeden Monat acht Seiten zu produzieren und über 15.000 Exemplare zu verteilen?

Immer wieder merken wir auch: Die Zeit rast und oft können wir nurnachträglich die Ereignisse kommentieren.

Ein Vorschlag war: nutzt die neuen Medien. Hier ein Versuch: Der „blickpunkt-online“. Aber er soll nicht die Papierform ersetzen. Denn in jedem Monat verteilen wir die Zeitung vor den Rathäusern bei einem Info-Stand und reden mit den Leuten. Das wurde aber jetzt schwierig. Deshalb kamen wir jetzt auf die Idee mit der „blickpunkt“-Selbstbedienung. Die Sache lief gut - die Gespräche aber fehlen uns. Wir freuen uns deshalb über die Mitarbeit in jeder Form.

Wir bedanken uns für die großen und kleinen Spenden, die wir für den „blickpunkt“ erhalten haben!

Das blickpunkt-Spenden-Konto: Kreissparkasse GG
IBAN DE37508525530009003419



**Der Feind,
den wir am tiefsten
hassen
der uns umlagert
schwarz und dicht
das ist der
Unverstand
der Massen
den nur des Geistes
Schwert durchbricht**

Deutsche Arbeiter-Marseillaise

„Der Feind den wir am meisten hassen...!“ Der Text ist von Jakob Audorf, er schrieb ihn für die Totenfeier Ferdinand Lassalles (Gründer der SPD, gestorben am 31. August 1864). Gesungen wurde davon den Arbeitern zur Melodie der Marseillaise (Claude Joseph Rouget de Lisle, 26. April 1792). Die Marseillaise ist heute die französische Nationalhymne.

Schon damals versuchte man Arbeiterinnen und Arbeiter von den eigenen Problemen abzulenken - man war eigentlich immer von „einem Feind umgeben“.

Das erkannten die Sozialdemokraten von damals und sangen bewusst „Der Feind, den wir am meisten hassen.“

In diesem Jahr fallen viele Kundgebungen und Demonstrationen zum 1. Mai aus. Wir erinnern mit dem Bild und dem Text an die frühen Erkenntnisse. Man sollte sie nicht vergessen!



Liebe Einwohner von
Mörfelden-Walldorf,

die Ausbreitung des Corona-Virus ist besorgniserregend.

Mit weiteren Infizierten und Todesopfern ist auch in unserem Kreis Groß-Gerau zu rechnen.

Die Regierenden auf allen Ebenen, haben Maßnahmen angeordnet, die das öffentliche Leben nahezu

zum Erliegen bringen. Leider gilt ihr Interesse in erster Linie fast immer der Wirtschaft und nicht den Menschen. Eine kritische Untersuchung der Politik der letzten Jahre findet kaum statt.

Während Eltern mit Kindern angesichts der sinnvollen Schließungen von Kindergärten und Schulen ohne Lohnfortzahlung dastehen und gezwungen sind Urlaub oder unbezahlten Urlaub zu nehmen, während prekär Beschäftigte ihre Arbeitsplätze verlieren und ihre Mieten nicht mehr zahlen können und kleine Selbständige vor der Pleite stehen, werden fast täglich viele Milliarden vor allem für die Sicherung deutscher Konzerne zur Verfügung gestellt. Plötzlich ist ohne Ende Geld da. Für eine flächendeckende kommunale Gesundheitsversorgung und Krankenhäuser mit ausreichendem Personal hat es gefehlt. Das Gesundheitswesen wurde systematisch auf Profitmacherei getrimmt, Einrichtungen wurden privatisiert, am Personal wird gespart.

Das Gesundheitssystem wurde so „kaputt gespart“, dass es jetzt nur schwer in der Lage ist uns ausreichend Schutz und Sicherheit vor dem Corona-Virus zu geben.

Das ist doch krank. Gesundheit ist keine Ware, sondern Menschenrecht.

In dieser schwierigen Situation setzen wir auf Solidarität von unten und hier gibt es - auch in unserer Stadt viele Beispiele und aktiven Einsatz.

Jeder weiß es mittlerweile: Vor allem Risikogruppen, also ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen, müssen versuchen die Öffentlichkeit zu meiden. Da ist jeder Einkauf ein Risiko. Kinder müssen betreut werden. Hier ist solidarische und nachbarschaftliche Hilfe gefragt. Auch wir versuchen zu helfen!

Aber genau so wichtig ist, aus der entstandenen Lage zu lernen. Das sehen wir auch als unsere Aufgabe an. Also, gesund und politisch wach bleiben!